

# Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet  
1877

„Aus den Tannen“  
Farnsprecher  
Nr. 11

Preisblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Abonnementspreis: Im Monat 1.00 M., vierteljährlich 3.00 M., halbjährlich 6.00 M., jährlich 12.00 M. (Postfrei). Einzelhefte 10 Pf. (Postfrei). Anzeigenpreis: Die erste Zeile einer Anzeige kostet 10 Pf., die zweite 8 Pf., die dritte 6 Pf., die vierte 5 Pf., die fünfte 4 Pf., die sechste 3 Pf., die siebte 2 Pf., die achte 1 Pf., die neunte 1 Pf., die zehnte 1 Pf., die elfte 1 Pf., die zwölfte 1 Pf., die dreizehnte 1 Pf., die vierzehnte 1 Pf., die fünfzehnte 1 Pf., die sechzehnte 1 Pf., die siebzehnte 1 Pf., die achtzehnte 1 Pf., die neunzehnte 1 Pf., die zwanzigste 1 Pf., die einundzwanzigste 1 Pf., die zweiundzwanzigste 1 Pf., die dreiundzwanzigste 1 Pf., die vierundzwanzigste 1 Pf., die fünfundzwanzigste 1 Pf., die sechsundzwanzigste 1 Pf., die siebenundzwanzigste 1 Pf., die achtundzwanzigste 1 Pf., die neunundzwanzigste 1 Pf., die dreißigste 1 Pf., die einunddreißigste 1 Pf., die zweiunddreißigste 1 Pf., die dreiunddreißigste 1 Pf., die vierunddreißigste 1 Pf., die fünfunddreißigste 1 Pf., die sechsunddreißigste 1 Pf., die siebenunddreißigste 1 Pf., die achtunddreißigste 1 Pf., die neununddreißigste 1 Pf., die vierzigste 1 Pf., die einundvierzigste 1 Pf., die zweiundvierzigste 1 Pf., die dreiundvierzigste 1 Pf., die vierundvierzigste 1 Pf., die fünfundvierzigste 1 Pf., die sechsundvierzigste 1 Pf., die siebenundvierzigste 1 Pf., die achtundvierzigste 1 Pf., die neunundvierzigste 1 Pf., die fünfzigste 1 Pf., die einundfünfzigste 1 Pf., die zweiundfünfzigste 1 Pf., die dreiundfünfzigste 1 Pf., die vierundfünfzigste 1 Pf., die fünfundfünfzigste 1 Pf., die sechsundfünfzigste 1 Pf., die siebenundfünfzigste 1 Pf., die achtundfünfzigste 1 Pf., die neunundfünfzigste 1 Pf., die sechzigste 1 Pf., die einundsechzigste 1 Pf., die zweiundsechzigste 1 Pf., die dreiundsechzigste 1 Pf., die vierundsechzigste 1 Pf., die fünfundsechzigste 1 Pf., die sechsundsechzigste 1 Pf., die siebenundsechzigste 1 Pf., die achtundsechzigste 1 Pf., die neunundsechzigste 1 Pf., die siebenzigste 1 Pf., die einundsiebzigste 1 Pf., die zweiundsiebzigste 1 Pf., die dreiundsiebzigste 1 Pf., die vierundsiebzigste 1 Pf., die fünfundsiebzigste 1 Pf., die sechsundsiebzigste 1 Pf., die siebenundsiebzigste 1 Pf., die achtundsiebzigste 1 Pf., die neunundsiebzigste 1 Pf., die achtzigste 1 Pf., die einundachtzigste 1 Pf., die zweiundachtzigste 1 Pf., die dreiundachtzigste 1 Pf., die vierundachtzigste 1 Pf., die fünfundachtzigste 1 Pf., die sechsundachtzigste 1 Pf., die siebenundachtzigste 1 Pf., die achtundachtzigste 1 Pf., die neunundachtzigste 1 Pf., die neunzigste 1 Pf., die einundneunzigste 1 Pf., die zweiundneunzigste 1 Pf., die dreiundneunzigste 1 Pf., die vierundneunzigste 1 Pf., die fünfundneunzigste 1 Pf., die sechsundneunzigste 1 Pf., die siebenundneunzigste 1 Pf., die achtundneunzigste 1 Pf., die neunundneunzigste 1 Pf., die hundertste 1 Pf., die einhundertste 1 Pf., die zweihundertste 1 Pf., die dreihundertste 1 Pf., die vierhundertste 1 Pf., die fünfhundertste 1 Pf., die sechshundertste 1 Pf., die siebenhundertste 1 Pf., die achthundertste 1 Pf., die neunhundertste 1 Pf., die tausendste 1 Pf.

Nr. 278.

Altensteig, Mittwoch den 21. November.

Jahrgang 1923

## Die Sabotage der Reparation.

W. W. Es gibt bekanntlich verschiedene Methoden, wie man gegen eine Aktion kämpfen kann. Entweder geht man mit Wort und Tat dagegen vor oder man schaltet so viele Hemmnisse ein, daß die Aktion im Sande verlaufen muß. Die letztere Methode befolgt Herr Poincaré in der Reparationsfrage. Dessenhalb gibt er sich den Anschein, als erstrebe er mit allen Mitteln möglichst schnell und ergiebig deutsche Zahlungen zum Wiederaufbau der Kriegsrüinen; hinten herum aber tut er alles, um diese Zahlungen zu erschweren oder unmöglich zu machen. Nachdem die Regierung schweren Herzens den positiven Widerstand aufgehoben und damit die Bahn für Verhandlungen mit der Gegenseite frei gemacht hatte, erforderte Poincaré die Besart von der vorherigen Wiederherstellung der Lage, wie sie vor dem 11. Januar 1923 (Beginn des Ruhrstreiks) bestanden hat. Natürlich mußte der französische Staatsmann ganz genau, daß die in seinem Auftrag von Tirard und Degoutte getriebene Politik die Wiederherstellung der früheren Lage an Rhein und Ruhr verhinderte. Es ist ihm gelungen, den Beginn materieller Verhandlungen über die Wiederbetriebnahme der westdeutschen Wirtschaft und über die endgültige Lösung des Reparationsproblems um mehrere Wochen hinauszuzögern.

Nachdem schon General Smuts auf der britischen Reichskonferenz in London die Bedeutung der Reparationsfrage auffallend scharf betont hatte, erfuhr die Öffentlichkeit, daß England und Amerika eine Initiative in der Reparationsfrage planten. Poincaré war sofort zur Stelle, um der Entwicklung eine für seine Politik günstige Richtung zu geben. Er machte sich zum Vorsitzenden der Kommission, welche der Reparationskommission aus dem Versailler Vertrag zusehen. Die einzuberufende Sachverständigenkonferenz sollte nur die in der Reparationskommission vertretenen Mächte umfassen und die gegenwärtige Zahlungsfähigkeit Deutschlands behandeln. Dem Leiter der französischen Politik kam die Auffassung der regierenden Männer in Washington entgegen. Staatssekretär Hughes wollte keine amtlichen Vertreter Amerikas entsenden, sondern nur „angesehene sachverständige Bürger“, und selbst dies nur dann, wenn alle an der Reparationsfrage interessierten Mächte sich an der nach Washington zu entsendenden Einladung beteiligten. Diese Vorbehalte gaben Poincaré neue Möglichkeiten der Sabotage. Er trat mit seinen Londoner Kollegen in langatmige Unterhandlungen über den Text der an Amerika zu richtenden Einladung ein. Er befolgt offenkundig die Politik, die Vorverhandlungen so lange hinauszuzögern, bis in Deutschland die politische, wirtschaftliche und finanzielle Katastrophe eingetreten ist. Es ist unverständlich, daß man in gewissen Kreisen Deutschlands immer noch an die Möglichkeit einer Verständigung mit unserem Todfeinde Poincaré glaubt. Das einzige Mittel, wie die Reparationsfrage in klaren Gang gebracht und eine unabsehbare Katastrophe für unser Volk vermieden werden kann, ist ein mit schonungsloser Offenheit abgeklärter und in feierlicher Form in die Welt hinaus geschickter Protest gegen eine Politik, welche uns und nach uns eine ganze Anzahl weiterer Völker ins Verderben ziehen muß. Es muß gelingen, der Welt zu beweisen, daß Poincaré unsere Reparationsleistungen, die zum Wiederaufbau der westlichen Kriegszone dienen sollten, für überflüssige militärische Demonstrationen vergeudet hat, und daß er nicht unser Geld, sondern unseren staatlichen und wirtschaftlichen Untergang will.

## Botschafterkonferenz und Sanktionen.

### Bericht über die Botschafterkonferenz.

Paris, 20. Nov. Folgende halbamtliche Mitteilung wurde am Montag abend ausgegeben: Die Vertreter Frankreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Belgiens in der Botschafterkonferenz haben sich heute nachmittags 6 Uhr im Auswärtigen Amt versammelt. Da jedoch Lord Crewe, der Botschafter Großbritanniens, noch nicht die Anweisungen der englischen Regierung über die vorgelegten Entwürfe erhalten hat, ist die Sitzung auf morgen verlegt worden.

### Das Kompromiß der Botschafterkonferenz.

Paris, 20. Nov. Das Kompromiß, das in der Sitzung der Botschafterkonferenz über die Militärkontrolle erzielt wurde, ist auf Vorschlag der fran-

zösischen Regierung in einer gemeinsamen Entschliebung festgelegt worden, die den verschiedenen Regierungen zur Befähigung vorgelegt wird. Erst danach soll der Wortlaut veröffentlicht werden. Ueber die Angelegenheit des Kronprinzen und seine Auslieferung ist keine Einigung zustande gekommen.

Nach einer anderen Meldung aus Paris verlautet, die Grundlage für die Verständigung hätten die von dem englischen Botschafter Lord Crewe vorgelegten Entwürfe zweier Noten an die deutsche Regierung gebildet, worin die eine die Frage des Kronprinzen, die andere die Wiederaufnahme der Militärkontrolle behandelte. Bertinaz schreibt im „Echo de Paris“: 1. die militärische Kontrolle würde in teilweise unterbrochener Form ausgeübt werden, in dem Maße, in dem es der Berliner Regierung möglich erschiene während die verbändlerische Kontrollkommission Auftrag erhielt, sich über die Haltung der Reichsregierung in jedem Falle zu äußern. 2. Verschlebung aller „Sanktionen“, bis der schlechte Wille des Deutschen Reichs von neuem festgestellt sei. Keine gebietlichen oder militärischen „Sanktionen“, sondern einfach wirtschaftliche und verwaltungsmäßige, die sich im besetzten Gebiet auswirken würden. In der an die deutsche Regierung gerichtete Note würde von diesen „Sanktionen“ nichts gesagt werden. Der französische Ministerrat hat das Kompromiß gebilligt.

Berlin, 20. Nov. Das „Berliner Tageblatt“ berichtet aus Paris: Grundsätzlich ist man übereingekommen, daß im Augenblick keine „Sanktionen“ gegen Deutschland eingeleitet werden sollen. Die Verbündeten wollen vielmehr zunächst an die Reichsregierung die Frage richten, ob sie die Ausweisung des früheren Kronprinzen beschließen und die Ueberwachung der „Mittlungen“ erleichtern wolle. Würden beide Fragen verneint, dann hätten die Verbündeten Zeit, gemeinsame Beschlüsse zu fassen. Der „Intransigent“ glaubt mitteilen zu können, daß Belgien sich wieder von dem Kompromiß abgewandt habe. Der englische Botschafter hat den Entwurf zweier Noten vorgelegt, die an die Reichsregierung gerichtet werden und deren eine sich auf den Kronprinzen, die andere auf die militärische Ueberwachung bezieht. Der Vertreter Frankreichs hatte jedoch nicht die Vollmacht, ohne Befragung des Ministerrats die vorgeschlagenen vermittelnden Fassungen anzunehmen. Es wurden einige Änderungen besprochen und der Wortlaut nach London, Brüssel und Rom telegraphiert.

## Neues vom Tage.

### Die Verhandlungen über Weizeneinfuhr.

Berlin, 20. Nov. Die deutsch-amerikanischen Verhandlungen über Weizeneinfuhr nach Deutschland, die in den letzten Tagen durch die Anwesenheit von Mitgliedern des Farmer-Bundes in Berlin besonders gefördert wurden, sehen nunmehr vor dem Abschluß. Es ergaben sich Schwierigkeiten dadurch, daß von amerikanischer Seite Preise verlangt wurden, die noch etwas über den Weltmarktpreis liegen und weiterhin besondere Rabatte auf die deutschen Kalkulationen, die als Ausgleich gegeben werden sollen. Doch werden diese Differenzpunkte nicht mehr für so erheblich gehalten, daß sie das endgültige Zustandekommen des Abkommens noch länger hintanhalteten könnten.

### Schwierige Beratungen.

Berlin, 20. Nov. Am Montag abend versammelte sich das Reichskabinett zu einer Sitzung, an die sich eine Beratung des Kabinetts mit den Vertretern der durch die Besetzung betroffenen Länder und dem Fünfzehner-Ausschuß der besetzten Gebiete anschloß. Diese Beratungen waren überaus schwierig und zogen sich bis in die zehnte Abendstunde hin, ohne ein greifbares Ergebnis zu haben. Die Ansicht der Reichsregierung, daß sie den besetzten Gebieten ummöglich über den 25. November hinaus finanzielle Hilfe gewähren könne, ließ sich mit der Auffassung des Fünfzehner-Ausschusses, der eine weitere Unterstützung für unbedingt notwendig hielt, nicht vereinigen. Auch darüber, welche finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen dem Ausschuß von der Reichsregierung gegeben werden sollten, konnte kein Einvernehmen erzielt werden. Unter diesen Umständen hielt es ein Teil der Mitglieder des Fünfzehner-Ausschusses für zweckmäßig die Besprechungen mit der Reichsregierung als aus-sichtslos zu beenden und gegen 10 Uhr abends die Beratungen zu verlassen, um sich in das besetzte Gebiet zurückzugeben. Die anderen Vertreter des Rheinlandes und des Ruhrgebiets nahmen die Besprechungen mit dem Kanzler um 11 Uhr abends wieder auf.

### Reichsbankpräsident Hakenstein †.

Berlin, 20. Nov. Der Präsident der Reichsbank Dr. Hakenstein ist am Dienstag früh gestorben. Er war am 10. März 1857 geboren. Ein plötzlicher Tod darf als ein Zeichen dafür betrachtet werden, daß die Arbeitslast und Aufregungen aller mit dem Währungsproblem sich beschäftigenden amtlichen Stellen so gewachsen sind, daß sie alle menschlichen Kräfte übersteigen. Hakenstein war von den Linien viel angegriffen worden und jetzt wollte ihm gar die Regierung mit dem sog. Altersgesetz zu Leibe rücken. Als sein Nachfolger wird jetzt schon der Währungskommissar Dr. Schacht genannt, der das Besondere hat, daß die amtlichen Devisenkurse den Auslandsnotierungen angepaßt werden.

### Sonderbündler als Eindringler.

Duisburg, 20. Nov. Separatistische Eindringler haben in den letzten Tagen das Duisburger Museum in dem von Separatisten besetzten Rathaus heimlich und die Münzsammlung, zum Teil unerforschliche Werte, gestohlen. Es sind insgesamt acht Münzschatkästen erbrochen und ihres Inhalts beraubt worden. Außerdem wurde eine wertvolle Sammlung aller Taschenuhren und eine Bronzefigur gestohlen. Die mit der Verfolgung der Angelegenheit betrauten deutschen Kriminalpolizisten nahmen fünf Männer und eine Frauensperson, bei denen man annähernd dreihundert Stück der gestohlenen Münzen fand, fest.

### Die deutschen Delegierten für Paris.

Berlin, 20. Nov. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt, daß die deutschen Vertreter, die am Freitag von Reparationskommission gehört werden sollen, am Mittwoch nach Paris abreisen. Die Delegation steht unter Führung des Staatssekretärs Fischer. Es gehören ihr an: Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium von Brandt, Ministerialdirektor Schiffer vom Reichswirtschaftsministerium und Geheimrat Simon vom Auswärtigen Amt.

### Beziehungsmahnung!

Mainz, 20. Nov. In den bekannten Festlegungen über die ungeheure Belastung des Rheinlands durch die französisch-belgische Besetzung gefellen sich die im „Echo de Rhin“ veröffentlichten Angaben, wonach für die Angehörigen der französischen Besatzungstruppen im altbesetzten Gebiet allein 36 Volksschulen eingerichtet sind. Rechnet man noch die Zahl der höheren Schulen aller Grade bis zur Universität (Mainz), so ergibt sich ohne weiteres, welchen Schaden der deutsche Unterricht erleidet, da die erwähnten Schulen bekanntlich alle in beschlagnahmten deutschen Schulgebieten untergebracht sind, darüber hinaus noch eine große Anzahl als Kasernen für weiße und farbige Franzosen dienen müssen. In diesem Vorgehen liegt Ekel. Der deutsche Geist soll unterdrückt werden. Am ehesten Dugend ihrer Jünger unterzubringen, haben die Franzosen in vielen Fällen Anstalten mit hunderten von Schülern kurzerhand beschlagnahmt.

### Englischer Kredit für Deutschland.

London, 20. Nov. Die Reutersagentur teilt mit, daß in London ein Vertrag zwischen einer englischen Finanzgruppe und Vertretern Deutschlands unterzeichnet worden ist, in dem Deutschland von englischer Seite ein Kredit für den Ankauf englischer Kohle für den Betrieb der deutschen Staatseisenbahnen gewährt wird. Der nominelle Wert dieses Vorschusses beträgt 3 Millionen Pfund Sterling, von dem ungefähr 750 000 Pfund Sterling verfügbar seien, was einem Kaufpreis für 500 000 Tonnen Kohlen entspricht. (Im Zusammenhang damit steht wohl die Verpändung deutscher Braunkohlegruben.)

### Amerika als ungeduldiger Gläubiger.

London, 20. Nov. Nach einer Meldung des „Exchange Telegraph“ aus Washington erklärte der Senator Snoot, daß Amerika im Begriffe sei, an das französische Kabinett eine Note zu richten. In dieser Note rege die amerikanische Regierung die Entsendung einer französischen Delegation nach den Vereinigten Staaten an, die damit beauftragt wäre, die Bedingungen der Zahlung der französischen Schuld zu erläutern, oder eine öffentliche Erklärung der französischen Regierung über ihre Absichten wegen der Zahlung dieser Schulden abzugeben.

### Die parlamentarische Lage in Berlin.

Berlin, 20. Nov. Vor der heutigen Reichstags-sitzung fanden, den Blättern zufolge, noch einige Beratungen der Fraktionen und eine Sitzung des Kabinetts statt. Es herrscht der Eindruck vor, daß der Reichskanzler den Wunsch habe, möglichst rasch eine klare Entscheidung herbei-





## Letzte Nachrichten.

### Einführung der Vollzeitarbeit in Göttingen.

WZB. Stuttgart, 20. Nov. In Göttingen kam es gestern aus Anlaß von Lohnverhandlungen zu einer größeren Demonstration, während die Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf dem Rathaus über Lohnfragen verhandelten. Vor dem Rathaus versammelten sich einige tausend Arbeiter, um auf die Verhandlungen einen Druck auszuüben. Die Mitglieder der Verhandlungskommission konnten längere Zeit das Rathaus nicht verlassen. Da weitere Unruhen zu befürchten waren, wurde in der vergangenen Nacht eine Abteilung Staatspolizei nach Göttingen entsandt. Heute Morgen herrschte mit Ausnahme einer kleineren Fackel in allen Betrieben Arbeitsruhe. Einige Leute, die bei der gestrigen Demonstration sich in heftiger Weise hervorgetan, wurden vorläufig festgenommen. Im übrigen ist die Ruhe und Ordnung nicht gestört worden.

### Verdächtige Sperrung des Rentenmarkts.

WZB. Berlin, 20. Nov. Der für heute angeordnete Verkauf von Rentenmark durch die Reichsbank wurde aus technischen Gründen ausgesetzt. Nur an den Lebensmittelhandel wurde Rentenmark gegen Ausweis abgegeben. Die Sperre der Ausgabe von Rentenmark gilt nur für heute. Am Donnerstag soll die Rentenmark von der Reichsbank wieder allgemein abgegeben werden.

### Die Wollschafferkonferenz erneut vertagt.

WZB. Paris, 20. Nov. Die Sitzung der Wollschafferkonferenz, die heute Nachmittag um 5 Uhr beginnen sollte, ist aufs Neue auf morgen vertagt worden. Davaas meldet, daß der englische Wollschaffer die Instruktionen seiner Regierung noch nicht erhalten habe.

### Dem besiegten Gebiet.

WZB. Paris, 20. Nov. Nach einer Davaasmeldung aus Düsseldorf ist Marshall Petain heute Vormittag unerwartet zu einer Inspektionsreise dort eingetroffen.

### Wichtige Kämpfe mit Sonderbändlern.

WZB. Köln, 20. Nov. Im Siebengebirge erhielten plündernde Sonderbändler einen bösen Empfang durch den Selbstschutz im Siebengebirge, wobei 130 Sonderbändler getötet worden sein sollen. Schon am vergangenen Dienstag wurden in Nyrndreithbach fünf Sonderbändler aus einem Kraftwagen herausgeholt und erschlagen. Im ganzen Siebengebirge bildete sich inzwischen ein Selbstschutz, dem alle Parteien angehören. Als in Hesel ein im Automobil angekommener Trupp Sonderbändler wieder plündern wollte, griff der Selbstschutz ein, von dessen Mitallebern ein Mann durch einen Schuß des Autoführers getötet wurde. Ueber

das Schicksal dieser Sonderbändler ist nichts bekannt. Ein zweites Auto mit 30 Sonderbändlern, das dem ersten folgen wollte, kehrte um, wurde aber von dem Hannoverer Selbstschutz aufgehalten. Von 30 Mann wurden 23 erschlagen. Als am Freitag morgen 200 Sonderbändler gegen den Selbstschutz vorgehen wollten, kam es im Honneser Stadtwald zu stundenlangen Kämpfen, in deren Verlauf 70 Sonderbändler getötet und 50 gefangen genommen wurden.

### Die Lage in der Pfalz.

WZB. Mannheim, 20. Nov. Wie wir von der alten Regierung der Pfalz hören, soll die Lage in der Pfalz unter der separatistischen Regierung die gleiche geblieben sein.

Seitens der separatistischen Regierung der Pfalz werde dem Bezirksamt in Ludwigshafen angekündigt, daß in den nächsten Tagen die Besetzung der Stadt Ludwigshafen durch die Separatisten erfolgen soll.

In Birkenfeld sind Spahls eingetroffen, wahrscheinlich als Vorboten der in den nächsten Tagen einziehenden Separatisten. Sonst ist die Lage ruhig. Die von den Nachrichtenagenturen gebrachte Meldung über die Verhaftung des Oberregierungsrates Jakobs bestätigt sich nicht. Er befindet sich nach wie vor auf seinem Posten.

In Kaiserslautern wurde der Landgerichtspräsident Müller von den Separatisten verhaftet, weil er eine auf dem Landgerichtsgebäude gehängte Platte der Separatisten entfernt haben soll. Es wird mit weiteren Ausweisungen von Beamten gerechnet.

### Ein englische Zeitungsstimme zum Beschluß der Wollschafferkonferenz.

WZB. London, 20. Nov. Die „Times“ schreibt zu dem Beschluß der Wollschafferkonferenz u. a.: Trotz England wurden die französischen Methoden herrschend und bewirkten eine rasche und gefährliche Wandlung in Europa. Es sei beunruhigend, daß die durch den Friedensvertrag geschaffenen kleineren Staaten an die aggressives Politik Frankreichs gebunden seien, das laut seine Armut verkünde, aber ihnen gleichzeitig Kredite in Höhe von 800 Millionen Francs gewähre. Es sei sehr besorgniserregend, daß in Deutschland reaktionäre und militärische Einflüsse Boden gewannen und wenn Worte helfen könnten, so sei England gerne bereit, sich an einer scharfen Warnung an die deutsche Regierung gegen alle Versuche der Umgehung der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages zu beteiligen. Deutschland breche aber infolge der hartnäckigen und unversöhnlichen Politik Frankreichs auseinander. Das Ruhrgebiet und das Rheinland fänden bereits vor der politischen und wirtschaftlichen Fortrennung vom Reich. Ihre Bevölkerung werde unter dem Druck der Besetzung und den von irregulären Horden dazu geführt, ihre Interessen Fremden zur Vertretung anzuvertrauen. Das vollziehe sich in einem Gebiet, dessen Mittel-

punkt das von britischen Streitkräften besetzte Köln sei. Das britische Prestige, das britische Vertragsrecht und die britischen Vertragspflichten würden davon tief bedrückt. England dürfe sich nicht demüßigt seiner Ausweisung aus Europa unterwerfen.

### Die Haltung der belg. Regierung.

WZB. Brüssel, 21. Nov. In der Kammer äußerte sich gestern Ministerpräsident Jaspar noch über die Einsetzung der Sachverständigen und über die englisch-französisch-amerikanischen Verhandlungen, wobei er auf die dauerhaften Bemühungen Belgiens zur Aufrechterhaltung der westeuropäischen Einheit hinwies. Hinsichtlich der Kontrolle über die Bewaffnung Deutschlands sagte er, sie müsse und werde aufrechterhalten werden. Wenn die Reparationsfrage nicht Gegenstand eines Vergleiches für Belgien sein könnte, so könnte die Sicherheit des Landes ebenso wenig Gegenstand eines Vergleiches oder Zugeständnisses sein. In dem Belgischer Zwischenfall bemerkte Jaspar, er werde strenge Sanktionen verlangen. Hinsichtlich der Angelegenheit Staffs habe Belgien dem Deutschen Reich mitgeteilt, daß Belgien, wenn die geschuldete Summe nicht bis zum 25. Nov. gezahlt sei, es sich selbst in den besetzten Gebieten bezahlt machen werde. Die entsprechenden Befehle seien gegeben und würden ausgeführt werden. Zum Schluß forderte der Minister die Kammer auf, eine geschlossene Haltung einzunehmen. — Anschließend sprach der Sozialist Vandervelde, der erklärte, wir stimmen mit der Regierung vollkommen darin überein, daß wir Reparationen erhalten müssen, aber wir sind anderer Meinung, hinsichtlich der zur Erreichung dieses Zieles anzuwendenden Mittel.

### Festgenommen.

WZB. Mannheim, 20. Nov. Heute Nacht wurden durch ein starkes Kommando von Gendarmen und Kriminalpolizei in Weinheim an der Bergstraße 30 Arbeiter, Mäulerer und Personen wegen unerlaubten Waffenbesitzes festgenommen. Gefunden wurden gepulverte Wägen, Handfeuerwaffen und selbstgefertigte Handgranaten. Die Festgenommenen und die Haupttäter sind in der überwiegenden Mehrzahl im Alter von 18 bis 25 Jahren.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.  
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Bant.

## Fortgesetzt

nehmen alle Postboten, Postauskletter, Briefträger, sowie die Agenten und Kundträger Bestellungen auf unsere Schwarzwälder Tageszeitung entgegen.

## Aufforderung

an die

Arbeitgeber- u. Arbeitnehmervereinigungen zur Einreichung von Vorschlagslisten für den vorläufigen Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises.

Das Arbeitsministerium hat auf Grund des Arbeitsnachweisgesetzes vom 22. Juli 1922 (R.G.B. S. 657) durch Gesetz vom 31. Oktober 1923 (Staatsgesetz Nr. 256) die Oberamtsbezirke Herrenberg und Nagold als Bezirk für das Arbeitsamt Herrenberg festgelegt und bestimmt, daß die Amtslokalität Herrenberg die Verwaltung des Arbeitsnachweises zu übernehmen hat.

Kunne mehr ist für den Arbeitsnachweis ein vorläufiger Verwaltungsausschuß zu bilden.

Zu Weisigen sollen mindestens je 3 Arbeitgeber und Arbeitnehmer — darunter möglichst auch Frauen — bestellt werden; für jeden Weisigen ist ein Stellvertreter zu bestellen.

Die in dem Bezirk des Arbeitsamtes vorhandenen wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer werden deshalb aufgefordert, bis spätestens 28. November 1923 Vorschlagslisten beim Oberamt Herrenberg einzureichen.

Zu Vorschlägen berechtigt sind nur reine Arbeitgeber- bzw. Arbeitnehmer-Vereinigungen, die Parteien eines Tarifvertrages sein können.

Zu Weisigen können nur solche Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestellt werden, die Reichsangehörige, mindestens 24 Jahre alt und seit mindestens 6 Monaten in dem obgenannten Bezirk des Arbeitsamtes wohnhaft oder beschäftigt sind. Eine Darlegung, aus der hervorgeht, daß diese Voraussetzungen bei den einzelnen Vorgesetzten vorliegen, ist den Vorschlägen anzufügen. Den Weisigen können angemessene Tagelöhner und Gehälter der Reiselofer gewährt werden. Auf die weiteren Mitteilungen hierüber unter den Bezirksnachrichten wird hingewiesen.

Herrenberg, den 16. November 1923.

Oberamt: M. H.

## Familien-Kalender

für 1924

sind zu haben in der

W. Rieker'schen Buchhandlung  
Altensteig.

## DIE KURSE

der Börsen von Stuttgart, Berlin, Frankfurt, München und Augsburg, ebenso auch

## DIE DEVISEN

der maßgebenden Plätze bringt neben ausführlichen Berichten und Notizen über

## DIE MÄRKTE

und Informationen aus der Wirtschaft und über jede weitere Ausbaumöglichkeit für

## DEN ABSATZ

regelmäßig in seiner reichhaltigen, zeitgemäß erweiterten Handelszeitung der täglich nach Schluß der Börsen erscheinende

## SCHWÄBISCHE MERKUR

STUTT GART

Ertmannswiller.

Ein köstliches

## Länferschwein

verkauft

Gottl. Mutschler.

Gefortbena.

Schlachtbock-Freudenstadt Bäl-  
ersbrunn: Anna Kaiser-Be.  
geb. Wähleisen, 67 J.

Stuttgart: Albert v. Döppel,  
Präsident a. D.

Stuttgart: Hermann Müllen  
Rechnungsrat.

Crailsheim: Heint. Wagner,  
Gewerbedirektor.

Herrenberg: Joh. Sartorius  
Rektor a. D.

## Zur

eignen sich

## Postkarten

großes Format

(auch mit Firmenansdruck)

steil zu haben in der

W. Rieker'schen

Buchdruckerei

Altensteig.

Unser Lager in

## Geschäftsbüchern

in allen

gangbaren Lineaturen

empfiehlt bestens

die

W. Rieker'sche Buchhdlg.  
Altensteig.

Die Nachzahlung für III. Nov.-Viertel ist den Gehalts-  
empfängern am 20. Nov. 23 überwiesen worden.

Staatsrentamt Hirsau

Beuren.



## Langholz- Verkauf.

Die Gemeinde bringt am Freitag, den 23. d. Mts., vor-  
mittags 10 Uhr

ca. 18,90 Festmeter Langholz

aus Abteilung 3 Eszwald im öffentlichen Aufsteich zum

Verkauf.

Den 20. Nov. 1923.

Gemeinderat.

Fünfsbrunn.

Die Gemeinde verkauft am Samstag, den 24. Nov. d.  
J., nachm. 3 Uhr auf dem Rathaus im öffentlichen Auf-  
steich

## 8 St. Tannen mit 19,15 Fm.

Gemeinderat.